Ausgabe B

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 161. | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 13. Juli 1919. | Jahrg. 1.

Gebrochene Schwingen?

Von P. Stoltenhoff-Essen-Ruhr.

Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft,
daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler.
(Jes. 40).

Der Leipziger Griffelkünstler Bruno Héroux, trotz seines französischen Namens ein Deutscher durch und durch, hat uns, neben anderen ausgezeichneten Werken, eine treffliche Radierung „Gebrochene Schwingen" beschert: Ein Adler kauert über seinem Nest und seiner jungen Brut. Unheimliche, finstere Gestalten, auf ihren Gesichtern satanische Vernichtungswut, in den Händen Zerstörungswerkzeuge, nahen heran. Wird der Adler seine Brut schützen können? Die Frage, sonst töricht, ist diesmal nur zu berechtigt; denn des stolzen Tieres Fittich ist gebrochen. So zeichnete der Künstler vorausahnend im Sommer 1918 des deutschen Volkes Schicksal.

Auf glänzendem Höhenflug sind uns die nationalen Schwingen jäh geknickt worden, und wir sausten in rasendem Tempo in die Tiefe. Wird der deutsche Aar noch einmal aufwärtssteigen dürfen?

Vielen sind auch die Glaubensfittiche gebrochen. Sie liegen innerlich zerschmettert am Boden. Zu Gottes und des Herrn Ehre ist das nicht. Die auf ihn harren, die ihre Zuversicht und ihre Hoffnung auf ihn setzen, kriegen immer neue Kraft, und auf den Schwingen des Glaubens dürfen sie sich immer neu erheben zu den Höhen, wo sich Schwachheit in Kraft, Armut in Reichtum, Trostlosigkeit in Stille, Verzagtheit in Mut verwandelt. Der Glaube ist dem Adler gleich, der in die reinen Lüfte emporsteigt. Er trägt uns dem großen, allmächtigen Gott zu, der die Seinen auf unzerbrechlichen Adlersflügen durch den Jammer dieser Erde hindurch-, ja über ihn hinwegträgt. Der Glaube, ob auch kämpfend und ringend, versetzt uns in die Gemeinschaft und erhält uns in der Gemeinschaft des gekreuzigten und auferstandenen Herrn, unter dessen Flügeln allezeit Heil und Seligkeit zu finden ist.

Gebrochene Schwingen? Nein. Wenn wir nur Glauben haben! Der ist Kraft für die Gegenwart und Hoffnung aufs Zukünftige. Herr, schenke uns Glauben und mehre uns den Glauben!

Laß mein Herz
Überwärts
Wie ein Adler schweben
Und in dir nur leben!

Wie Hindenburg den Oberbefehl erhielt.

Aus Helfferichs Kriegserinnerungen.

Helfferich erzählt:

„In der Zeit der schärfsten Zuspitzung der militärischen Lage, im Sommer 1916, als zu dem russischen Vorstoß die französisch-englischen Angriffe hinzukamen, weilte ich bei dem Feldmarschall von Hindenburg in Kowno. Ich hatte Gelegenheit, mit Hindenburg und seinen Offizieren die politische und militärische Lage eingehend zu besprechen. Der Eindruck, den ich gewann, war erschütternd. Hindenburg sagte mir am Abend des 3. Juli: „Wir haben hier oben im Norden überhaupt nur noch eine durchsichtige Kattunschürze. Ich habe, um das Loch bei den Österreichern zuzustopfen, alles weggegeben, was ich entbehren kann, und mehr als das. Es bleibt mir nichts anderes übrig. Aber was ich weggegeben habe, sehe ich nicht wieder. Nun greift der Russe hier oben bei uns an. Ich weiß nicht, was werden soll." Seine Mitarbeiter wurden deutlicher. Die verhängnisvollen Nachteile des Mangels eines einheitlichen Oberbefehls an der Ostfront mußten auch dem Laien einleuchten. Meine Zweifel an der Richtigkeit der im Osten befolgten Strategie, die ich seit den Monaten Mai und Juni mit mir herumtrug, fand ich bestärkt. Das dringendste Erfordernis der Stunde erschien mir die Vereinheitlichung des Oberbefehls über die gesamte Ostfront. In diesem Sinne telephonierte ich noch vom Osten aus am 4. Juli mit dem Reichskanzler.

Als ich am Sonntag, 9. Juli, nach Berlin zurückkehrte, schilderte ich dem Kanzler mündlich auf das eindringlichste meine Wahrnehmungen und Eindrücke. Der Kanzler hatte, wie mir bekannt war, schon in einem früheren Stadium des Krieges und auch späterhin wiederholt die Frage des Oberbefehls aus dem Zweifel heraus, ob der General Falkenhayn der richtige Mann an diesem Platze sei, zur Sprache gebracht. Die militärischen Berater des Kaisers hatten jedoch damals mit Entschiedenheit an General Falkenhayn festgehalten. Der Kanzler erzählte mir jetzt, daß der Kronprinz von Bayern neuerdings an den Grafen Lerchenbeld, der diesen kurz zuvor im Gefolge des Königs von Bayern in seinem Hauptquartier besucht hatte, einen Brief mit den heftigsten Vorwürfen gegen die Oberste Heeresleitung geschrieben habe. Auch andere hohe Offiziere seien jetzt zu der Ansicht gekommen, daß die Oberste Heeresleitung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen sei. Der Kanzler hatte inzwischen bereits die Übertragung des Oberbefehls über die gesamte Ostfront einschließlich der österreichisch-ungarischen Truppen an den Feldmarschall von Hindenburg verlangt. Der Chef des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Armee, Conrad von Hötzendorf, war alsbald mit dem Antrag befaßt worden, hatte aber zunächst abgelehnt. Einige Tage später hörte ich, daß der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza sich entschieden für die Übertragung des Oberbefehls an Hindenburg ausgesprochen habe. Am 18. Juli waren die Generale Conrad von Hötzendorf, von Falkenhayn und Ludendorff zur Besprechung der Angelegenheit in Berlin; eine Einigung kam nicht zustande.

Ich war in den folgenden Tagen in München und Stuttgart. Sowohl der König von Bayern wie der König von Württemberg sprachen sich mir gegenüber aus eigener Initiative dafür aus, daß in der ungemein ernsten Lage auf den Feldmarschall von Hindenburg zurückgegriffen werden müsse. Der württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker, dessen ruhiges und klares Urteil ich immer besonders schätzte, flehte mich geradezu an, der Kanzler müsse dem Kaiser die Augen öffnen. Weder Kaiser noch Reich könnten einen ernsten Rückschlag vertragen, wenn Hindenburgs Genie und Ansehen nicht voll in Wirksamkeit gesetzt werde.

Als ich nach Berlin zurückkam, lagen dort geradezu verzweifelte Berichte aus Wien vor. Auch Graf Andrassy, der gerade in Berlin anwesend war, erkannte an, daß die Zeit der Eitelkeiten und Rivalitäten vorbei sei und nur der einheitliche Oberbefehl Hindenburgs die Lage retten könne. Dazu kamen Nachrichten aus Rumänien, die darauf schließen ließen, daß Bratianu sich der Entente gegenüber zum Eingreifen unter gewissen Bedingungen verpflichtet habe, und daß der König zu schwach sei, um Widerstand zu leisten. Der Kanzler bestand telegraphisch auf der schleunigen Übertragung des Oberbefehls über die gesamte Ostfront an Hindenburg und reiste am 25. Juli selbst nach dem Großen Hauptquartier, um die Sache unter allen Umständen in Ordnung zu bringen. Am 2. August wurde dann auch amtlich publiziert: „Unter Generalfeldmarschall von Hindenburg wurden mehrere Heeresgruppen der Verbündeten zu einheitlicher Verwendung nach Vereinbarung der beiden Obersten Heeresleitungen zusammengefaßt." Hindenburg hatte, wie mir der Kanzler nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier erzählte, mit dieser Lösung, die ihm den Oberbefehl über die Ostfront von Kurland bis zu den Karpathen, einschließlich der österreichisch-ungarischen Armee gab, sich befriedigt und weiteres als zurzeit unerwünscht erklärt.

Es kam jedoch bald zu ernsten Reibungen zwischen dem neuen Oberbefehlshaber der Ostarmee und dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, die sich auf die Frage „Falkenhayn oder Hindenburg ?" zuspitzten. Der Kanzler trat in Konsequenz seiner früheren Stellungnahme mit großer Entschiedenheit für die Ersetzung Falkenhayns durch Hindenburg ein, während die militärische Umgebung des Kaisers auch jetzt noch an Falkenhayn festhielt.

Die rumänische Kriegserklärung und die dadurch geschaffene Erschwerung der militärischen Lage veranlaßte den Kaiser, den Generalfeldmarschall von Hindenburg nach Pleß zu berufen. Der General von Falkenhayn erhob gegen diese ohne sein Befragen erfolgte Berufung Einspruch, worauf der Kaiser ihm anheimstellte, seine Entlassung einzureichen. Als der Kanzler am Vormittag des 29. August im Großen Hauptquartier eintraf, war die Ernennung Hindenburgs zum Chef des Generalstabes des Feldheeres und Ludendorff zum Ersten Generalquartiermeister bereits vollzogen.

Ich reiste mit dem Staatssekretär von Jagow am 30. August gleichfalls nach Pleß. Obwohl Bulgariens Haltung gegenüber der neuen Situation noch nicht geklärt war, — Bulgarien hat an Rumänien erst am 1. September den Krieg erklärt — fanden wir eine zuversichtliche Auffassung der Lage. Vier deutsche Divisionen rollten bereits von der Westfront nach Siebenbürgen, weitere Verstärkungen wurden vorbereitet. Man werde zwar den Rumänen für ihre Operationen zunächst freie Hand lassen müssen, sie dann aber fassen und schlagen. Hindenburgs unerschütterliche Ruhe und Ludendorffs rasch zugreifende Bestimmtheit gaben den Besprechungen die Signatur. Wir alle verließen Pleß mit einem Gefühl der Erleichterung und Beruhigung.

Bismarcks auslandspolitisches Erbe.

Von J. Genähr. (Schluß.)

Damit sind auch wir aus der Vorgeschichte des Krieges in diesen selbst getreten. Wir möchten aber nicht mit unserem Diplomaten fortfahren: „. . . und damit in eine ununterbrochene Kette von Handlungen, welchen man getrost die Überschrift geben kann: „Verleugnung Bismarcks und seiner Weisungen". Dazu nur einige Bemerkungen. Die Wahl der Kampfesmittel soll antibismarckisch gewesen sein; denn Bismarcks Kunst gipfelte im Kriege darin, die Brücken offen zu halten, welche zum künftigen Frieden führen, aber die Verwüstungen in Nordfrankreich, die U-Boote und Zeppeline haben diese Brücken zerstört. Hier darf wohl an die Rede Bethmann-Hollwegs erinnert werden, die er am 28. September 1916 im Reichstag gehalten hat und in der sich die Worte finden: „ . . . Darum ist England der selbstsüchtigste, hartnäckigste, erbittertste Feind. Ein Staatsmann, der sich scheute, gegen diesen Feind jedes taugliche Mittel zu gebrauchen, dieser Staatsmann verdiente gehängt zu werden." Würde Bismarck in diesem uns aufgezwungenen Kampf bis zum Äußersten, der damals schon unerbittliche Formen angenommen hatte, nicht ebenso gesprochen haben? Hat er nicht im Jahre 1887 im Reichstag gesagt: wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden, und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben würden, uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer Stand zu setzen, uns anzugreifen und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 wird ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 (ich weiß nicht wann) in seinen Wirkungen für Frankreich."

Nicht einmal billig denkende Neutrale haben es uns verdacht, daß wir gegen den völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg die Mittel der Abwehr, über die wir verfügten, voll und ganz anwendeten. Nicht ihre Anwendung war verkehrt, sondern der leidige Umstand, daß wir zu früh damit aufgehört haben. Englische Stimmen haben es selber verraten, daß wir einige Wochen zu früh den U-Bootkrieg eingestellt haben. Wenig beachtet worden ist, was Winston Churchill im Februar 1919 in einer Rede, die er in London gehalten, gesagt hat. „Kann ich es wohl sagen", so lauteten seine Worte, „wir sind gerade noch durchgekommen. Je mehr man unterrichtet ist, umso mehr weiß man, auf was für einem schmalen, engen und gefährlichen Wege der Erfolg sich uns zuwandte . . . . Sogar nach dem 21. März 1918 war die Gefahr außerordentlich groß . . . Aber weil die ganze Nation zusammenhielt, ohne zurückzuweichen . . . sind wir durchgekommen." Zum Überfluß hatte übrigens unsere Regierung zu wiederholten Malen sich ausdrücklich bereit erklärt, sich mit der Anwendung der U-Boote streng an die vor dem Krieg anerkannten völkerrechtlichen Normen zu halten, falls Eng-

land sich dazu bereit finde, diese Normen gleichfalls seiner Kriegsführung zugrunde zu legen. Das ist aber nicht geschehen. Wie man da unserer Regierung den Vorwurf machen kann, daß sie diese Waffe in vollem Umfange gebrauchte, ist schwer zu verstehen. Wir wandten dieses Mittel an und mußten es anwenden. Und Bismarck wäre der Letzte gewesen, von diesem Mittel der Abwehr sich abzuwenden. Sein Verhalten vor Paris, als er das heiß ersehnte Bombardement der Stadt endlich durchsetzte, zeigt deutlich, daß ihm am Lobe des Auslandes für Schonung der „Zivilisation" nichts gelegen war, und er bittet seine Gattin ausdrücklich, den Lügen zu widersprechen, als hemmte er „das Spiel unserer Geschütze gegen Paris und trüge damit die Schuld an der Verlängerung des Krieges."

Antibismarckisch soll ferner die Formulierung der Kriegsziele gewesen sein, die Forderung der „realen Garantien", denn damit hätten wir uns immer weiter von der sittlichen Grundlage, einen Verteidigungskrieg zu führen, abgewendet. Der Krieg von 66 und der von 70 hätten uns untrüglich gelehrt, wie Bismarck in den Zielen Maß zu halten wußte. — Welches war denn die Formulierung der Kriegsziele, soweit die Regierung, auf die es hier doch allein ankommt, in Betracht kommt? Herr v. Bethmann-Hollweg hat sie in seiner Rede vom 5. April 1916 klar umschrieben, wenn er sagte: „Sinn und Ziel dieses Krieges ist uns ein Deutschland, so festgefügt, so stark geschirmt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten Welt unser Recht auf Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Nationen, ist das, was wir erreichen wollen, und es ist zugleich die Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents." In derselben Rede heißt es weiter: „Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen. Aber das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen. Es gibt kein Zurück . . . Kann jemand glauben, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft preisgeben werden?! Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen status quo ante . ."

War denn der deutsche Reichskanzler bei dem damaligen Stand unserer Lage nicht berechtigt, vielmehr verpflichtet, so zu sprechen? Der stürmische Beifall des ganzen Hauses, mit Ausnahme des unzurechnungsfähigen Liebknecht, zeigte deutlich, daß er das ganze deutsche Volk bei diesen Kriegszielen hinter sich hatte. Und Bismarck würde nicht anders gesprochen haben. Der Krieg von 66 gehört nicht hierher, wohl aber der von 70. Bekannt ist, was General von Wimpffen, der Vertreter Napoleons III., bei den Verhandlungen über die Kapitulation der französischen Armee von Bismarck zu hören bekam. Es sei vergeblich, bei den Franzosen auf Dankbarkeit zu rechnen. Ja, wenn das französische Volk so wie ein anderes wäre, ließe sich vielleicht über diesen Punkt reden. Es würde unter den gegebenen Umständen von seiten einer benachbarten Nation Wahnsinn bedeuten, auf die Freundschaft eines solchen Volkes zu bauen. Mit lauter Stimme fuhr Bismarck fort: „Sie sind ein über die Maßen eifersüchtiges, reizbares und hochmütiges Volk! Seit zwei Jahrhunderten hat Frankreich 30 mal Deutschland den Krieg erklärt, und diesmal habt Ihr ihn wie immer aus Eifersucht erklärt, weil Ihr uns unseren Sieg von Sadowa nicht verzeihen könnt . . . Ihr habt uns Sadowa nicht verziehen, und Ihr würdet uns Sedan verzeihen?! Nimmermehr! In fünf Jahren, in zehn Jahren, sobald Ihr es vermöchtet, würdet Ihr den Krieg wieder anfangen; das ist die Dankbarkeit, die wir von der französischen Nation zu erwarten hätten! . . . Frankreich muß für seinen eroberungssüchtigen und ehrgeizigen Charakter gezüchtigt werden. Wir wollen ausruhen, wir wollen die Sicherheit unserer Kinder sichern und dazu ist es nötig, daß wir zwischen Frankreich und uns ein Glacis, ein Territorium, Festungen und Grenzen haben, die uns immer gegen einen Angriff schützen." Sind das nicht dieselben „realen Garantien", die Bethmann forderte?

Nach Beendigung des Krieges äußerte sich Fürst Bismarck wiederholt zu seinen Vertrauten, daß man sich gegen die Empfindlichkeit der Franzosen nur durch die Gewinnung gut befestigter Grenzen schützen könne. Ein Feind, den man nicht durch rücksichtsvolle Behandlung, nachdem er unterlegen sei, zum Freunde gewinnen könne, müsse unschädlich gemacht werden, und zwar auf gründliche dauerhafte Weise. Frankreich sei und bleibe der alleinige Friedensstörer in Europa. Heißt das etwa: „die Brücken offen halten, welche zu einem künftigen Frieden führen?"

Wir sind weit davon entfernt, Fehler, die unsere Diplomatie oder auch die Oberste Heeresleitung gemacht haben, zu beschönigen oder zu entschuldigen; aber ebenso weit sind wir davon entfernt, zu glauben, daß Fürst Bismarck denen, „welche heute mit seinem Namen die Fehler der Ära Tirpitz-Ludendorff umhüllen wollen", zurufen würde: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir". Diejenigen, die unser Diplomat hier im Auge hat, und zu denen ich nicht gehöre, werden sich selber zu wehren wissen. Und die beiden vielgeschmähten Männer, die hier genannt werden und das Schicksal vieler großen Männer teilen, werden den Nachweis nicht schuldig bleiben, daß sie nicht „alldeutschem Leichtsinn" gehuldigt haben, sondern Bismarckschen Grundsätzen. Ihre Schuld ist es nicht, daß wir den Krieg verloren haben und daß heute Bismarcks stolze Schöpfung in Trümmern liegt. „Weil die ganze Nation zusammengehalten hat, ohne zurückzuweichen . . . sind wir durchgekommen", so durfte W. Churchill von seinem Volke sagen. Hätte unser Volk in der Stunde seiner Not Bismarcks Mahnung aus dem Jahre 1878 beherzigt: „Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen", dann hätten wir zwar vielleicht den Krieg nicht gewonnen, wir brauchten dann aber heute nicht die Feinde höhnen zu lassen, Bismarcks Werk sei auf Gewalt gebaut gewesen und deshalb einem verdienten Schicksal anheimgefallen.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

Wilsons Senatsrede.

Präsident Wilson hat im Senat das Friedensabkommen mit einer Rede überreicht, die fast völlig dem Völkerbund gewidmet war. Der Bund ist, wie Wilson sagte, nicht nur ein Werkzeug zur Heilung des alten Uebels, sondern gleichzeitig die Hoffnung der Menschheit. Er war notwendig geworden für die Aufrechterhaltung der neuen Weltordnung, die die Männer, welche den Vertrag aufstellten, wünschten. Später hatte Wilson eine Unterredung mit einem Journalisten, dem er mitteilte, daß die amerikanischen Truppen im Rheingebiet bleiben werden, bis Deutschland alles im Friedensabkommen verlangte Material ausgeliefert habe. Er erklärte, daß die Verfassung des Völkerbundes alle Abkommen umfasse, die in Versailles getroffen wurden. Er äußerte die Ansicht, daß die assoziierten Mächte den Handel mit Deutschland so schnell wie möglich wieder aufnehmen würden, damit Deutschlands wirtschaftliche Wiederherstellung ermöglicht wird.

Die Handelsbeziehungen mit Italien.

Ueber die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München Besprechungen statt, an denen zwei Vertreter Italiens, ferner Vertreter vom diktatorischen Wirtschaftsausschuß der bayerischen Regierung, der Industrie, des Bankgewerbes, des Speditionsgewerbes und des Großhandels teilnahmen. Es soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung bei den beiderseitigen Botschaftern errichtet werden, um schwebende Fragen baldigst klarzustellen und in den beiden Ländern bestehende Vorschriften zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Blockade-Ende und Preissturz.

Die Erwartung der Blockade-Aufhebung hat im rechtsrheinischen Gebiet ein großes Angebot und einen starken Preisfall zahlreicher Lebens- und Genußmittel hervorgerufen, die bisher im Schmuggel- und Schleichhandel erheblich teurer bezahlt werden mußten. Textilwaren wurden ebenfalls im Preise ermäßigt.

Der Stettiner Schiffsverkehr zeigt plötzlich einen erheblichen Aufschwung. Hier wurden an einem Tage nicht weniger als 31 aus- und einfahrende Schiffe gezählt. Es kommen schon Lebensmittel mit kleineren Schiffen aus den neutralen Ländern an, deren Besitzer ihre Ware hier an die Bevölkerung direkt abzusetzen suchen. Allerdings versuchen sie, ihre Kostbarkeiten möglichst gegen Gold und Silber an den Mann zu bringen. Gegen Silber war Butter für 5 Mark, Speck 4 Mark, Kakao für 10 Mark angeboten. Wer kein Silber hatte, bekam etweder gar nichts oder mußte den vierfachen Preis bezahlen.

Die Ratifikations-Urkunde in Versailles überreicht.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles Frhr. v. Lersner hat Donnerstag vormittag dem Obersten Henry die amtliche Mitteilung von der Ratifizierung des Friedensabkommens durch das deutsche Parlament überreicht. Oberst Henry habe sich damit sofort zum Auswärtigen Amt begeben.

Frhr. v. Lersner wies in dem Schreiben an Clemenceau darauf hin, daß die deutsche Regierung nunmehr einer Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockademaßnahmen entgegensieht. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst eine Nachricht zugehen lassen zu wollen.

Ein Ententeprotest wegen Westpreußen.

Generalsekretär Dutasta machte Herrn v. Lersner in Versailles die Mitteilung, daß die deutschen Truppen bei der Räumung des Westufers der Weichsel Vieh und Mobiliar der Einwohner mitnehmen. Er bat, die Regierung im Namen des Obersten Rates zu ersuchen, sofort entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich übrigens mit verschiedenen Fragen militärischer Natur, die sich aus der Durchführung des Vertrages mit Deutschland ergeben, insbesondere mit der Räumung Polens, der Beschränkung der Rüstungen und der Kontrolle der Kriegsfabrikation. Die diesbezüglich gefaßten Beschlüsse werden geheim gehalten.

Schwesternliebe.

Gedicht eines Unteroffiziers im Lazarett des Neuen Städtischen Krankenhauses zu Cottbus, das von den Schwestern des Lazarus-Kranken- und Diakonissenhauses bedient wird.

Schwestern.

(Worte, den stillen Heldinnen gewidmet.)
Aus den Gefilden mordgieriger Schlacht,
Aus des Schützengrabens naßkalter Nacht,
Bedeckt mit Schlamm, mit Wunden und Blut,
Ward ich getragen in eure Hut:
Schwestern!

Sorgsam gebettet, Reihe um Reih',
Wie uns getroffen das feindliche Blei,
Feind neben Freund, Freund neben Feind,
Haß mit Haß so dicht vereint:
Schwestern!

Und Ihr dazwischen, — Euch immer gleich,
Zum Feinde nicht herbe, — zum Freunde nicht weich,
Ihr kennt nicht die Liebe, — den Haß kennt Ihr nicht.
Nur eines kennt Ihr, und das heißt „Pflicht".
Schwestern!

Seid Ihr mir Mutter, seid Ihr mir Weib?
Was kümmert Euch mein zerschossener Leib?
Ein Rätsel, das Männer nimmer lösen,
Es liegt in des Weibes tiefinnerstem Wesen —
Schwestern!

Eine Diakonisse des Stuttgarter Diakonissenhauses las im Vierteljahrsblatt des Lazaruskrankenhauses dieses Gedicht und gab die nachfolgende Antwort auf die in demselben enthaltenen Fragen:

Erwiderung der Schwestern.

Wir sind nicht Mutter, wir sind nicht Weib,
Jungfrauen sind wir, dem Herrn geweiht.
Das ist das Geheimnis, das ihr ahnet,
Das euch an Mutter und Gattin mahnet.
Das ist's. —

Hart klingt „der Dienst", noch härter „die Pflicht",
Doch weil das Herz auf Gott ist gericht't,
So gibt es bei Schwestern spät und früh
Nur sel'ge Arbeit, nur süße Mühe —
Das ist's. —

Kameraden, ahnet ihr nun die Kraft,
Die uns Schwestern still treibt und schafft?
Wir wollen nur Jesum Christum preisen,
Durch Dienst der Liebe auf Ihn nur weisen.
Das ist's. —

General Smuts über den Friedensvertrag.

Appell an Amerika und England.

Die englischen Blätter vom 30. Juni veröffentlichen den vollen Text der Erklärung des Generals Smuts über den Friedensvertrag. Darin heißt es unter anderem: Ich habe den Friedensvertrag nicht deshalb unterzeichnet, weil ich ihn für ein befriedigendes Dokument halte, sondern weil ich es als gebieterische Notwendigkeit erachte, den Krieg abzuschließen, weil die Welt vor allem Frieden braucht, und weil nichts verhängnisvoller sein würde als die Fortdauer des Zwischenstadiums zwischen Krieg und Frieden. Die sechs Monate, seitdem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, waren für Europa vielleicht ebenso störend, verwirrend und verderblich wie die vorhergen vier Kriegsjahre. Ich betrachte den Friedensvertrag als einen Abschluß dieser zwei Kapitel, des Kriegs und des Waffenstillstandes, und stimme ihm nur aus diesem Grunde zu.

Es sind territoriale Veränderungen getroffen worden, die eine Revision erfordern werden, es sind Garantien festgesetzt worden, von denen wir hoffen, daß sie bald als nicht im Einklang mit der neuen friedlichen Stimmung und dem unbewaffneten Zustande unserer früheren Feinde stehend befunden werden; es sind Bestimmungen vorgesehen, die man bei ruhiger Stimmung vielleicht lieber mit dem Schwamme der Vergessenheit auswischen würde; es werden Entscheidungen gefordert, die nicht ohne ernste Beeinträchtigung der industriellen Wiederherstellung Europas durchgesetzt werden können, und die erträglicher zu machen und zu mäßigen, im Interesse aller liegen wird; es sind zahlreiche Nadelstiche vorhanden, die unter dem heilenden Einflusse der neuen internationalen Atmosphäre aufhören werden zu schmerzen. Ich vertraue darauf, daß der Völkerbund sich für Europa noch als der Ausweg aus den Ruinen erweisen wird, die dieser Krieg mit sich gebracht hat, aber er ist vorläufig nur eine Form, er braucht noch den lebensspenden Einfluß, der nur von dem aktiven Interesse und dem belebenden Kontakt der Völker selbst kommen kann.

Wir sind Zeugen des Zusammenbruches des ganzen wirtschaftlichen und politischen Baues Mittel- und Osteuropas; Arbeitslosigkeit, Hunger, Anarchie, Krieg, Krankheit, Verzweiflung schleichen durch die Lande. Wenn die Sieger nicht imstande sind, den besiegten und gebrochenen Ländern eine hilfreiche Hand zu bieten, so wird ein großer Teil von Europa von Erschöpfung und Verfall bedroht. Rußland hat den Schritt ins Dunkle bereits gemacht, und die Gefahr, daß der Rest ihm folgen wird, ist in der Tat sehr groß. Ich möchte besonders an die Völker der Vereinigten Staaten und des britischen Reiches appellieren, die mit den guten Dingen des Lebens besonders reich gesegnet sind, sie sollen sich bis zum äußersten für diese große Arbeit der Rettung der Trümmer des Lebens und der Industrie des europäischen Kontinents einspannen.

△ **Annahme von Kriegsanleihe beim Verkauf entbehrlichen beweglichen Heeresgutes.** Bei Verkäufen oder Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung darf Kriegsanleihe nur noch von solchen Erwerbern — und auch dies nur noch bis auf weiteres — zum Nennwert in Zahlung genommen werden, die den unmittelbaren Nachweis liefern, daß die betreffenden Stücke aus ihren eigenen Zeichnungen herrühren. Der betr. Nachweis ist den angebotenen Stücken beizufügen. Gegebenenfalls ist er durch eine eidesstattliche Erklärung der Zeichnungs- oder Vermittelungsstelle unter genauer Nummerangabe auf vorzuschreibendem Formular beizubringen. Ein Zwang zur Zahlung mit Kriegsanleihestücken besteht hinfort nicht mehr.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 10. Juli 1919.

Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Richter.

Die Deutsche Nationalversammlung setzte heute die Beratung des Verfassungsentwurfes bei dem siebenten Abschnitt, Rechtspflege, fort. Art. 101 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

Dazu lag ein Antrag der Unabhängigen vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte verlangt, denen auch die Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sollen verboten sein.

Abg. Henke (U. Soz.) begründete den Antrag seiner Fraktion und erging sich dabei in maßlosen Angriffen gegen die Rechtspflege, wobei es die Unabhängigen an den nötigen Zwischenrufen, wie „Blutgericht" u. a. nicht fehlen ließen.

Staatsminister Dr. Preuß nahm sofort Stellung gegen den Antrag. Das hier vorgeschlagene rein politische Reichstagswahlrecht sei alles eher als geeignet, eine von allen nicht zur Rechtspflege gehörigen Einflüssen freie Justiz zu schaffen. (Sehr richtig!) Wenn man dem Ideal einer möglichst klassenlosen Justiz näherkommen wolle, so werde das Ziel durch Auslieferung der Gerichte an die Leidenschaft der politischen Wahl sicher nicht erreicht. (Beifall.)

Auch die Redner der Parteien, Dr. Heinze (D. Vp.), Warmuth (D. Natl.) und Katzenstein (Soz.) wandten sich gegen die Errichtung von Volksgerichten und die Wählbarkeit der Richter.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Nach längerer Aussprache lehnte die Nationalversammlung den Antrag Agnes (U. Soz.) und Gen., der nach dem Reichstagswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte forderte, ab und nahm den Art. 101 betr. die Unabhängigkeit der Richter in der Fassung des Ausschusses an.

Eine längere Aussprache entspann sich auch beim Artikel 103, wonach Ausnahmegerichte unstatthaft sind, und bei Artikel 104, der die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit bestimmt. Hierzu lag ein Antrag des Zentrums vor, wonach die militärischen Ehrengerichte aufzuheben sind. Eine sachliche Meinungsverschiedenheit über diese Angelegenheit ergab sich nicht, nur aus normalen Gründen glaubten Kriegsminister Reinhardt und Reichswehrminister Noske sich gegen den Antrag wenden zu sollen. Der Artikel 103 wurde schließlich mit dem Abänderungsantrag des Zentrums, den der Abgeordnete Gröber begründete, angenommen. Ein Antrag Gröber wegen Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit an Bord wurde durch Auszählung mit 124 gegen 100 Stimmen angenommen. Mit dieser Aenderung wurde Art. 104 angenommen. Ebenso die Entschließung des Ausschusses. Damit war der Abschnitt der Rechtspflege erledigt.

— Weimar, 11. Juli 1919.

Grundrechte und Grundpflichten.

Nicht weniger als neun kleine Anfragen wurden zunächst von der Regierung beantwortet, dann wurde die Beratung der Reichsverfassung fortgesetzt bei den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen. Präsident Fehrenbach bat die Abgeordneten dringend um eine erhebliche Einschränkung ihrer Redelust. Er würde sich sehr freuen, wenn die Versammlung sich entschließen könnte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abstimmung, als auf die Länge und Schönheit der Reden zu legen. (Lebh. Beifall.)

Artikel 107 besagt: „. . . die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern."

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.) stellte Vergleiche zwischen der ersten Reichsverfassung und dem jetzigen Entwurf. Während der Bismarcksche Entwurf überhaupt keine Grundrechte kannte, enthalte der Ausschußentwurf solche Grundrechte in einem Umfange, wie kein anderes Grundgesetz irgend eines Großstaates.

Abg. Koch-Kassel erblickte in den vorliegenden Grundrechten nicht ein weit in die Zukunft schauendes Werk, sondern ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Parteianschauungen, ein interfraktionalles Parteiprogramm mit allen seinen Schwächen und Unklarheiten.

Reichskommissar Dr. Preuß fand es begreiflich, daß die Grundrechte, wie sie der Entwurf in weitgehender Selbstbeschränkung vorgeschlagen hatte, von vielen Seiten als ergänzungs- und erweiterungsbedürftig erkannt würden. Die Reichsregierung nehme allen Anregungen auf Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Eine Vollendung auf diesem Gebiete zu erzielen, sei doch ein Ding der Unmöglichkeit.

Abg. Dr. Beyerle (Ztr.) möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen, sie müssen als wichtige Grundlage der Erziehung unseres Volkes zum staatsbürgerlichen Leben erhalten bleiben. Der Wortlaut müsse volkstümlich und leicht verständlich sein.

Auf den Abg. Dr. Quarck (Soz.) machte der vorliegende Entwurf der Grundrechte einen zu uneinheitlichen Eindruck, er er erscheine ihm als „salatähnliche Komposition".

Auf Antrag des Abg. Haußmann (Dem.) wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Sonnabend vormittag vertagt.

Preußische Landesversammlung.

Das Programm des Eisenbahnministers.

Anläßlich der zweiten Lesung des Eisenbahnanleihegesetzes legte der Eisenbahnminister Oeser in der Preußischen Landesversammlung die Richtlinien der Eisenbahnverwaltung dar. Zunächst kam der Minister auf die wirtschaftlichen Maßnahmen zu sprechen. Die Senkung der Lebensmittelpreise sei zum Teil schon durchgeführt. Sie sei so stark, daß sie für eine mittlere Familie einem um 50 Pfg. erhöhten Stundenlohn gleichkommt. (Hört! Hört!) Die Senkung der Lebensmittelpreise habe auch zu einem Sinken der Schleichhandelspreise geführt, ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen sei. Das sei auch ein beabsichtigter Erfolg, der noch unterstützt werde durch die bevorstehende Aufhebung der Blockade. Außerdem sollen große Bestände der Heeres- und Marine-Verwaltung freigegeben werden. Es kämen allein 41 Millionen Meter Kleiderstoffe in Frage. (Hört! Hört!) Auch andere Rohstoffe für die Textilindustrie können freigegeben werden. Das werde ein Sinken der Preise für Kleider und Schuhe zur Folge haben, zumal die Regierung für diesen Zweck weitere 500 Millionen bereitgestellt habe. Bei der Verteilung der Kleider und Schuhe sollen in erster Linie die kinderreichen Familien der Beamten und Arbeiter berücksichtigt werden. (Beifall.) Jedenfalls könne man für die nächste Zeit mit einer beträchtlichen Erleichterung der Lebenshaltung in der Stadt und auf dem Lande rechnen. Die Gewährung einer Teuerungszulage an die Beamten im September sei wegen der schlechten Finanzlage nicht möglich, dagegen sollen die bestehenden Löhne und die Zulagen für die Beamten noch eine begrenzte Zeit weiter gezahlt werden.

Das System der Betriebsräte wird schnellstens durchgeführt, sobald das Reichsgesetz darüber ergangen ist. Der Minister erklärte sich auch bereit, getreu seinem politischen Programm, die Demokratisierung der Verwaltung durchzuführen. Wo Reformen notwendig sind, sollen sie auch durchgeführt werden. Das Werkstättenwesen sei in vieler Beziehung reformbedürftig. Zu diesen Reformen sollen auch die Arbeiter ihr Urteil abgeben können.

Eine der Vorbedingungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sei aber ein geordneter Eisenbahnbetrieb. Hiermit kam der Minister auf die letzten Eisenbahnerstreiks zu sprechen, die von den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme des unabhängigen Abgeordneten Pauf Hoffmann einheitlich verurteilt wurden.

Die Vorlage wurde schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus setzte hierauf die Beratung des Haushaltsplanes des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Budjahn führte Beschwerde über die Behandlung der von den Polen fortgeschleppten Gefangenen und Geiseln. Die Ostmärker ständen auf dem Standpunkt, daß man die Provinz Posen verkauft und verraten habe.

Die Regelung der Ostfragen.

Wichtige Besprechungen in Weimar.

Im Laufe des Donnerstag fanden in Weimar zwischen der Preußischen Staatsregierung, dem Reichskommissar Hörsing und einer großen Anzahl oberschlesischer Abgeordneter wichtige Verhandlungen über die oberschlesische Frage statt, an denen auch Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen. Man ging bekanntlich mit dem Plane um, Oberschlesien die Selbständigkeit innerhalb des deutschen Reichsverbandes zu geben; dieser Plan ist aber wieder aufgegeben worden, und man geht wieder mit der Absicht um, aus Schlesien eine eigene Provinz mit einer weitgehenden Selbständigkeit innerhalb Preußens zu machen.

Oberschlesien autonom zu machen, wäre natürlich erst nach der Volksabstimmung möglich, die Entscheidung hierüber muß also bis dahin ausgesetzt werden. Indessen wurde beschlossen, für Oberschlesien einen besonderen Beirat zu schaffen, der in weitgehendem Maße alle Wünsche der oberschlesischen Bevölkerung während der Zeit der Besetzung durch fremde Truppen vor allem in Bezug auf Sprache, Religion und Schule berücksichtigen soll. Zu diesem Zwecke soll der Beirat mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet werden, um für die Interessen der Bevölkerung möglichst viel herauszuschlagen.

Die Regierung glaubt, die Selbständigkeitsbestrebungen in den einzelnen Provinzen Preußens dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß sie den verschiedenen Provinzen gleich Schlesien eine weitgehende Selbständigkeit gibt. Die Regierung wird schon in nächster Zeit mit einem Programm, das sich in dieser Richtung bewegt, hervortreten.

Im amerikanischen Truppenlager Besancon werden die Besatzungstruppen für Oberschlesien und Westpreußen zusammengestellt. Die ersten 6000 Mann amerikanische Truppen sind am Montag nach Brest abgegangen, von wo sie auf dem Seeweg nach Danzig weitergebracht werden.

Deutschland wünscht Verhandlungen mit der polnischen Regierung.

Die deutsche Regierung ist, wie bereits gemeldet, in Versailles an die Entente herangetreten, den Polen den Wunsch zu übermitteln, die durch den Friedensvertrag festgesetzten Ostfragen in gütlicher Weise zu regeln. Der Vorsitzende der deutschen Delegation in Versailles, Frhr. v. Lersner, hat dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine diesbezügliche Note übermittelt, in der es u. a. heißt:

„Die Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten mache unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große Verwirrung hervorrufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrwesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gegensätze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben. Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerläßlich. Es wird um eine baldige Mitteilung gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlage zustimmt und bereit ist, mit größmöglichster Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen."

Die Ententekommission für die Verwaltung Oberschlesiens.

Die Ententekommission, welche die vorläufige Verwaltung Oberschlesiens bis zur Entscheidung der Zugehörigkeit durch die Abstimmung übernehmen soll, wird aus ungefähr 150 Mitgliedern bestehen. Ihre Ankunft wird innerhalb zweier Wochen erfolgen. Als bestimmt gilt, daß die Kreise Namslau und Polnisch Schwarzenberg, die anfänglich Deutschland zuerkannt wurden, nach der Korrigierung des Vertrages ohne Abstimmung zu Polen kommen werden.

Deutsches Reich.

:: **Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissell** ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Doch dürfte es nach Lage der Dinge kaum möglich sein, daß Wissell die Geschäfte seines Ministeriums weiterführen wird, da sich auch die Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie im Sinne des Kabinetts ausgesprochen hat. Ein Abschiedsgesuch Wissells liegt zwar zurzeit noch nicht vor, nach den gegebenen Umständen dürfte es aber zu erwarten sein. Alle Annahmen, daß mit dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers eine grundsätzliche Systemänderung für die zukünftige Reichswirtschaft beabsichtigt ist, sind völlig irrig. Es bleibt vielmehr bei strenger Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr. Insbesondere werden eine große Anzahl Einfuhrverbote in Kraft bleiben oder neu erlassen werden.

:: **Die außerordentliche Kriegsabgabe** für 1919 und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wurden im Ausschuß der Nationalversammlung eingehend erörtert. Angenommen wurde ein Antrag Keil (Soz.), der Steuerfreiheit bis zu 3000 Mark des Mehreinkommens zuläßt, aber nur, wenn das Kriegseinkommen nicht mehr als 30 000 Mark beträgt. Die Mehrheitsparteien brachten zwei neue Vorschläge ein. Während der Regierungsentwurf eine Staffelung der Abgabesätze im § 13 von 5—50 Prozent vorsieht, soll danach eine Staffelung von 5—70 Prozent erfolgen. Finanzminister Erzberger erklärte, daß er diese Anträge für die höheren Mehreinkommen gern annehme. Dagegen verwarf er die in einem Antrag Oberfohren versuchte Begünstigung kinderreicher Familien durch einen Abzug von 5 Prozent der Steuersumme. Er sei ein warmer Anhänger des Kinderprivilegs und werde es in den kommenden großen Besitzsteuern zur weitesten Anwendung bringen, aber hier handele es sich um ein Sondergesetz, das den Kriegsgewinn erfasse und daher eine Begünstigung am unrechten Objekt vornehmen würde. — Als Stichtag für die große Vermögensabgabe gilt der 31. Dezember 1919, also nicht, wie vielfach angenommen wurde, der 31. Dezember 1918. Einmal soll so noch ein Ausgleich für die während des Krieges und der Revolution entstandenen Vermögensverluste ermöglicht werden. Auch will man nicht nur die Kriegs-, sondern auch die Revolutionsgewinne auf diese Weise fassen.

:: **Anrechnung der Kriegsdienstzeit.** Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß bei der Berechnung von Ruhegehältern und Renten nach dem Reichsbeamtengesetz, dem Offizierspensionsgesetz und dem Mannschaftsversorgungsgesetz zu der in den Zeitabschnitt vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im Reichs- oder Militärdienst wirklich verbrachten Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet wird. Das gilt nicht für die Zeit, die nach diesen Gesetzen als Dienstzeit angerechnet wird, die Dienstzeit, in die ein Kalenderjahr fällt, in welchem der Versorgungsberechtigte als Kriegsteilnehmer Anspruch auf Anrechnung des Kriegsjahres erworben hat und die Dienstzeit, die doppelt gerechnet wird. Halbe Tage, die sich bei der Berechnung der Gesamtdienstzeit ergeben, werden nicht mitgezählt.

Eine Verständigung zwischen den Mehrheitsparteien.

Die Frage der Autonomie Oberschlesiens, die sich in Verbindung mit der Schulfrage in Preußen zu einem Konfliktsgegenstand unter den Mehrheitsparteien auszuwachsen drohte, ist durch eine Verständigung erledigt worden. Die von Zentrumsseite vorgebrachten und vom schlesischen Volksrate schließlich befürworteten Autonomiewünsche sollten derweil berücksichtigt werden, daß auf Vorschlag des Staatskommissars durch die Zentralregierung im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten ein oberschlesischer Beirat berufen werden solle.

In ganz Preußen soll die provinzielle Selbstverwaltung erweitert werden, insbesondere sollen bestimmte Kultur- und Sprachenfragen den Provinzen durch freie Regelung überlassen bleiben, sowie auch andere Staatsaufgaben ihnen zugewiesen werden. Vielleicht soll auch aus Oberschlesien eine selbständige Provinz gemacht werden. Die Verwirklichung aller dieser Gedanken wird aber hinausgeschoben bis nach vollzogener Volksabstimmung und Abzug der Ententebesetzung. Damit sind die Pläne auf Proklamierung eines selbständigen Oberschlesiens ohne Rücksicht auf den Friedensvertrag endgültig als erledigt anzusehen. —

Ob die Einigkeit über die preußischen Kultur- und Sprachenfragen wirklich so vollkommen ist, wird von weiten Kreisen stark bezweifelt. Aus Weimar wird dem „Berliner Lokalanzeiger" mitgeteilt, daß im Rheinlande neue Loslösungsbestrebungen sich in verstärktem Maße bemerkbar machen, zu denen neuerdings der Plan einer Verbindung mit Hessen getreten ist. Selbst der hessische Ministerpräsident Ullrich setzt sich dafür ein. Mitglieder des preußischen Kabinetts und Vertreter einiger Einzelstaaten beschäftigten sich bereits mit dieser Frage. Ministerpräsident Ullrich befindet sich zur Zeit noch nicht in Weimar. Man hegt aber die Absicht, ihn zu den Beratungen heranzuziehen.

Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist ebenfalls abgeschlossen, und zwar auf der Grundlage, die bereits vor einigen Tagen mitgeteilt wurden. Darnach bleibt also der bisherige Zustand im wesentlichen erhalten. Die endgültige Formulierung des Kompromisses liegt noch nicht vor. Fest steht aber, daß für das Kompromiß eine sichere Mehrheit vorhanden ist. Ein großer Teil der Sozialdemokraten wird allerdings in der zweiten Lesung wegen seiner grundsätzlichen Stellungnahme nicht für das Kompromiß stimmen. Sie werden aber für die Verfassung im ganzen stimmen.

Ausland.

Böhmen: Der Einspruch der Deutschböhmen.

‡ Die deutschböhmische Landesregierung hat an den Staatskanzler Renner in St. Germain gedrahtet, daß die amtlichen Angaben der tschecho-slowakischen Regierung über das Ergebnis der Gemeindewahlen zeigten, daß in ganz Böhmen das Zahlenverhältnis der Tschechen zu den Deutschen gleich zwei zu eins ist, wie laut Volkszählung von 1910, daß aber unter den zweieinhalb Millionen Einwohnern von Deutschböhmen nur 135 000 Tschechen sind, das heißt 7½ Prozent der Bevölkerung, daß also Deutschböhmen ein geschlossenes, einsprachiges deutsches Siedlungsgebiet ist. Die Landesregierung bittet Renner, die von den Tschecho-Slowaken falsch unterrichteten Ententeregierungen über das wahre Ergebnis der Gemeindewahlen genau aufzuklären.

Polen: Polen ratifiziert den Friedensvertrag.

‡ Die Friedensratifikation wird in kurzem in Warschau vollzogen werden. Der polnische Ministerpräsident Paderewski wird in den nächsten Tagen aus Paris mit dem Text des Friedensvertrages zurückkehren. Nach dessen Vorlegung wird der Landtag die Ratifikation beschließen. — Augenblicklich wird vom polnischen Kabinett ein Plan ausgearbeitet, der sich mit der Einteilung Polens in 15 Wojwodschaften befaßt, darunter befinden sich Thorn, Beuthen, Krakau, Teschen, Tarnowice (Galizien), Lemberg, Stanislau, Przemysl und Kolomea. Der wirtschaftliche Charakter der Wojwodschaften soll durch eine ausgedehnte Autonomie garantiert werden.

Ungarn: Kommunistische Justiz.

‡ Von dem Budapester Standgericht wurden von 402 wegen des gegenrevolutionären Putsches vom 22. Juni Angeklagten 11 zum Tode durch Erschießen und einer zu drei Jahren schwerem Kerker verurteilt. Zur Zwangsarbeit wurden 45 Personen verurteilt, darunter sechs zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. — Auf den von Ungarn nach Niederösterreich führenden Straßen werden seit einigen Tagen Teile der Roten Armee zusammengezogen, die aus der Slowakei kommen und durchaus verläßliche Anhänger des Regimes Bela Khuns sein sollen. Insbesondere in Altenburg und nordöstlich vom Neusiedler See ständen, wie die Wiener Presse meldet, bereits 4000 bis 5000 Mann rote Truppen zum Einfall in Niederösterreich bereit. Es sei offensichtlich, daß diese Truppen gegebenenfalls zu einem Marsch gegen Wiener Neustadt und das Steinfeld dienen sollen. — Die deutsch-österreichische Regierung hat die ungarische Räteregierung um Ersetzung ihres Gesandten in Wien, Czobelt, durch eine genehmere Person ersucht, weil er Umtriebe ihm untergeordneter Organe nicht verhindert habe.

Serbien: Blutige Zusammenstöße in Belgrad und der Provinz.

‡ Die Lage in Serbien wird immer kritischer. In Belgrad und anderen Städten finden fortgesetzt Umzüge gegen die von der Regierung verfügten Massenverhaftungen von Sozialisten statt. In Sarajewo kam es anläßlich solchen solchen Umzuges zu blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und dem Publikum, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Ueber Sarajewo wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Ein Teil der in Ungarn stehenden serbischen Truppen wurde von dort abberufen, um auf alle Möglichkeiten vorbereitet zu sein.

Italien: Das Programm der italienischen Regierung.

‡ Der neue Ministerpräsident Nitti erklärte in der Kammer im Namen der Regierung, daß sich das durch die Ereignisse auferlegte Programm in folgende vier Punkte zusammenfassen lasse: 1. die Friedensverhandlungen beenden unter überzeugter Verteidigung des Programms der nationalen Forderungen, 2. so rasch als möglich den Uebergang vom Kriegszustand zum Friedenszustand durchführen, 3. die Existenzbedingungen des Volkes erleichtern, 4. rasch die durch die neue Lage notwendig gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vorbereiten. Der Ministerpräsident erklärte zur auswärtigen Politik, daß in diesem Augenblick die wesentlichen Fragen für Italien noch nicht entschieden seien und daß man inbezug auf die Adria noch nicht auf dem Wege einer befriedigenden Lösung der nationalen gerechten Forderungen sei. Die Kammer hörte die Programmerklärung Nittis unter großem Schweigen an. Als Nitti Fiume erwähnte, erhoben sich die Deputierten, mit Ausnahme der radikalen Sozialisten, und spendeten begeisterten Beifall unter dem Rufe: Es lebe Fiume! Der Schluß der Rede war von einer sehr starken Ovation der Kammer begleitet.

Frankreich: Der politische Demonstrationsstreik.

‡ Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationsstreik am 21. Juli zu beteiligen. Infolgedessen wird am 21. von 5 Uhr vormittags an jeder Verkehr in Frankreich 24 Stunden ruhen. — Durch Schiedsspruch der Regierung wurde der Bergarbeiterstreik beigelegt. Die Bergarbeiter haben fast in allen ihren Forderungen gesiegt.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 13. Juli 1919.

— **Neuregelung der Seifenverordnung.** Durch erhöhte Zuteilung von Fetten und Ölen an die deutsche Seifenindustrie wird es möglich, die deutsche Seifenindustrie auf eine neue Grundlage zu stellen und die den Verbrauchen zugeteilten Mengen qualitativ erheblich zu verbessern.

Unter den neuen Verhältnissen wird die Seifenversorgung nach folgendem Programm erfolgen:

1. Die bisherige K.-A.-Seife wird in Zukunft ohne Seifenkarte abgegeben. Bei Beibehaltung des bisherigen Preises ist ihr Fettgehalt von 16 auf 25 v. H. erhöht worden.

2. Das K.-A.-Seifenpulver wird unter Verdoppelung des bisherigen Fettgehalts mit monatlich 125 Gr. auf den Seifenpulverabschnitt der Seifenkarte geliefert. Der Preis erhöht sich auf 45 Pfg. für ½-Pfund-Paket.

3. Es wird eine einwandfreie Kernseife von Friedensqualität (60 v. H. Fettgehalt) in Doppelstücken von 200 Gr. oder in einfachen 100-Gr.-Stücken hergestellt. Das 100-Gr.-Stück wird zum Preise von 80 Pfg. geliefert. Als Feinseife wird eine gute, polierte Toilettenseife (80 v. H. Fettgehalt) im Stückgewicht von 100 Gr. geliefert. Für die Selbstrasierer wird an Stelle der Feinseife einwandfreie Rasierseife zur Verfügung gestellt. Das 100-Gr.-Stück Feinseife wird zum Preise von 1,20 ℳ, das 50-Gr.-Stück Rasierseife zum Preise von 60 Pfg. berechnet.

Die unter 3 genannten Erzeugnisse werden nur gegen Seifenkarte geliefert, und zwar gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte. Ein Feinseifenabschnitt berechtigt zum wahlweisen Bezug von 50 Gramm der genannten Erzeugnisse. Ihre Lieferung wird erstmalig Anfang September auf die Septembermarken in Frage kommen, doch soll die Herstellung der neuen Erzeugnisse derart beschleunigt werden, daß bereits Ende August mit ihrer Lieferung begonnen werden kann. Der Vorbezug auf Septembermarken ist wie bisher auch bereits im August zulässig.

Angesichts dieser Verbesserungen empfiehlt es sich für die Verbraucher, vom Kauf ausländischer Seifen im Schleichhandel nach Möglichkeit abzusehen, da durch die Neuregelung der deutschen Seifenversorgung in Kürze ein erhebliches Sinken der bisherigen Ausfuhrpreise zu erwarten ist.

* **Minden.** (Gemeinnützige Rechtsauskunft.) Die nächsten Sprechstunden finden statt am Montag um 4 Uhr in Bierde, Wirtschaft Kaiser; am Dienstag und Donnerstag von 3—6 Uhr in Minden, Marienwallstr. 10; am Mittwoch von 10—1 Uhr in Steinhude, Café Fischerhaus; 4—7 Uhr in Stadthagen, Schulstr. 18; am Donnerstag von 10—1 Uhr in Rehme, Wirtschaft Uhe; von 7—9 Uhr in Hausberge, Wirtschaft Kindermann; am Freitag von 10—1 Uhr in Rahden, Wirtschaft Braun; von 3—5 Uhr in Gehlenbeck, Wirtschaft Müller; am Sonnabend von 2—4 Uhr in Blotho, Wirtschaft Hortfilter. Auf die Sache bezügliche Schriftstücke mitbringen.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreise Bielefeld** vom 14. bis 19. Juli. **1. Nährmittel.** Graupen werden ausgegeben in allen Kolonialwarenhandlungen an alle Nährmittelversorgungsberechtigten. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 2 erhält jeder ¼ Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. — **2. Heringe.** Große norweger Vollheringe erhalten alle Fettversorgungsberechtigten ab Mittwoch, den 16. d. M., in den Vorortgemeinden **Brackwede, Gadderbaum, Stieghorst, Sieker, Schildesche, Bauerschaft Schildesche und Gellershagen.** Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 8 je Person 1 großen Hering zu 77 Pfg. — **3. Brotaufstrich.** Sämtliche Fettversorgungsberechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 12 je Person ½ Pfund Auslandsmarmelade zu 75 Pfg. — **4. Auslandsschweinefleisch.** Auslandsschweinefleisch wird ab Donnerstag, den 17. d. M. in den Schlachterläden des Stadt- und Landkreises an Hand der Kundenliste an alle Fleischversorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ausgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 19: ½ Pfund zu ℳ 1.10. — **5. Sonderzuweisungen.** Alle Kranke, Wöchnerinnen und milchversorgungsberechtigten Kinder bis zu 3 Jahren erhalten in den bekannten Krankenverkaufsstellen gegen Abgabe der vom 7. 7. bis 20. 7. gültigen Keks- und Puddingpulvermarke ½ Pfund-Paket Kindergerstenmehl zu 40 Pfg., 1 Rolle Keks oder Zwieback zu 39 Pfg. bezw. 42 Pfg., 1 Paket Morgensuppe (Morgentrank) zu 46 Pfg. und 1 Dose amerikanische Vollmilch zu ℳ 2.90. Für alle Säuglinge wird außerdem gegeben gegen Vorzeigen des Säuglingsversorgungsscheines in den Apotheken des Landkreises und Drogenhandlungen C. Plaßmann, Brackwede, und W. Dröge, Gellershagen, 1 Dose Nährzucker oder 1 Dose Eiweißmilch oder 1 Dose Liebigsuppe oder 1 Dose Malzextrakt. Die Verkaufspreise sind an den Dosen vermerkt. — **5. Tekebohnen.** Die unverkauft gebliebenen Tekebohnen dürfen ohne Marken abgegeben werden.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Sonntag vormittag 8½ Uhr findet in der „Volkshalle" die monatliche Mitgliederversammlung des Sittlichkeitsbundes vom „Weißen Kreuz" statt. Sekretär Grabe vom Deutsch-Ev. Volksbund hält einen öffentlichen Vortrag für Männer und Jünglinge, zu dem hiermit alle eingeladen werden, denen die Erneuerung unseres Volkes am Herzen liegt. Gleichfalls in der Volkshalle hält am Sonntag abend um 8½ Uhr Pastor Koopmann einen Evangelisationsvortrag.

Letzte Nachrichten.

Die Erlösung unserer Gefangenen.

Eine Havasdepesche meldet, daß Clemenceau den Befehl gegeben habe, mit dem Abtransport der Gefangenen am Montag früh zu beginnen. Die Uebernahme der Kriegsgefangenen soll im rechtsrheinischen Gebiet erfolgen. — Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ost- und Südgebieten hat bereits eingesetzt. In Schlesien sind zum Empfang der Transporte große Empfangslager errichtet worden. In Neiße, in Breslau und in anderen großen Städten, z. B. Glatz, Liegnitz, Sagan, Görlitz, sind, um den Gefangenen einen würdigen Empfang zu bereiten, Empfangsausschüsse gegründet worden. Auf dem Bahnhof Annaberg, unweit der oberschlesisch-tschechischen Grenze, sind bereits vier Transporte angekommen.

Beschlagnahme des Vermögens des bulgarischen Exkönigs in England.

Der oberste Gerichtshof ordnete die Beschlagnahme sämtlicher in England befindlicher Wertgegenstände des Exkönigs von Bulgarien an. Es handelt sich um Gegenstände im Gesamtwert von etwa 400 000 Pfund Sterling.

** **Der Streik in Sachsen beigelegt.** Im letzten Augenblick ist es gelungen, die Bundesrepublik Sachsen vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Der Streik im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und im Zwickauer Revier ist beigelegt. In Zwickau ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Infolgedessen hat sich die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen entschlossen, von einer Einschränkung des Personenverkehrs Abstand zu nehmen. Mit Rücksicht auf den herabgesunkenen Kohlenbestand bleibt jedoch die Beschränkung im Güterverkehr vorläufig noch aufrecht erhalten.

Fortdauer der Krawalle in Fiume.

Bern, 11. Juli. Nach dem „Journal d'Italia" dauern die Unruhen in Fiume fort. Ein Café, in dem sich französische Soldaten befanden, wurde von einer Volksmenge gestürmt, wobei es eine Anzahl Verwundeter gab.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Rotterdam, 11. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs werden von Deutschland nach der Ratifikation 300 000 Arbeitskräfte angefordert werden.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Braun, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heitenbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 1082 Hannover.

F.W. Schuhwaren **Böhmer**

Bochum, Oberhausen, Marxloh, Duisburg, Langenberg, Bottrop, Gladbeck, Buer, Mülheim, Borbeck

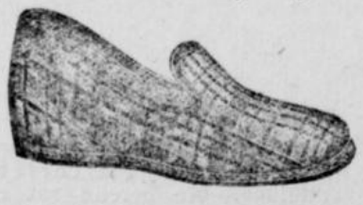
Hauptgeschäft: Essen, Ruhr, Limbeckerstrasse 14.

Eigene Schuhfabrik Cleve a. Rh.

Gegen Nachnahme versende

Hausschuhe in allen Frauengrössen

von gutem Wollstoff mit Ledersohle		8.80
„ „ Segeltuch mit Ledersohle		7.25
„ „ Wollstoff mit Filz- u. Ledersohle		9.50
feiner Wolloberstoff, Pompons u. Vulkans		8.50



Hausschuhe von Papierstoffgewebe 2.75 — 3.50.

Sonntag, den 13. Juli, abends 7½ Uhr, findet in Gr. Bethel ein

Vortrag

über: „Die Erlebnisse als Verwundeter in Nord-Afrika", gehalten von Offz.-Stellv. Ritter, statt.

Jedermann ist herzlich dazu eingeladen.

Verkauf von Hülsenfrüchten als Fleischersatz

in den Gemeinden mit elfenbeinfarbigen Fleischkarten, Landkreis Bielefeld.

Die fleischversorgungberechtigten Einwohner in den Gemeinden mit elfenbeinfarbigen Fleischkarten erhalten in den bekanntgegebenen Verkaufsstellen auf die mit Fleisch nicht belieferten Fleischkartenabschnitte der Versorgungswoche vom 30. 6. bis 6. 7. Nr. 7, 8, 9 und 10 = 4 Abschnitte über zusammen 80 Gramm Hülsenfrüchte (sogenannte Wibbelbohnen) zum Preise von 16 Pfg. als Fleischersatz verabfolgt. Verkaufsstellen im Landkreise sind:

Außerdem können diejenigen Verkaufsstellen, welche in der vorigen Woche die Hülsenfrüchte verteilt haben, die evtl. noch übrig gebliebenen Resttmengen auf die oben angeführten Fleischkartenabschnitte verabfolgen und zwar auch nur auf die Nummern 7, 8, 9 und 10 = 4 Abschnitte zusammen 80 Gramm.

Der Verkauf beginnt ab Sonnabend, den 12. Juli 1919.

Die Verkaufsstellen haben die Fleischkartenabschnitte der Versorgungswoche vom 30. 6. bis 6. 7. Nr. 7, 8, 9 und 10 am Mittwoch, den 16. Juli aufgeklebt, hier, Zimmer Nr. 15, abzugeben.

Auf die Abschnitte der Kinderkarten werden 40 Gramm verabfolgt.

Die Fleischversorgungsberechtigten mit grünen oder roten Fleischkarten erhalten keine Hülsenfrüchte, da sie die volle ihnen zustehende Fleischration erhalten haben.

Bielefeld, den 10. Juli 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Wegen **Wäschemangel** wird in den städtischen Badeanstalten an Einheimische keine Badewäsche mehr ausgegeben. An Auswärtige erfolgt Ausleihe ausnahmsweise gegen Pfandhinterlegung von 10 ℳ für den Einzelfall.

Der Magistrat

Verkauf von Auslandsgemüse.

Nach Beschluß des Wirtschaftsausschues darf Auslandsgemüse in Zukunft durch die Gemüsehändler **nur noch auf Wochenmarkte verkauft werden.**

Der Verkauf von Auslandsgemüse findet von jetzt ab auf dem Wochenmarkte

an allen Wochentagen von 7 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Bielefeld, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat.

Für ein

junges Mädchen

von 18 Jahren, welches in Gefahr steht, katholisch gemacht zu werden, suche ich auf sogleich

Stellung

im Haushalt in entschieden evangelischem Hause bei einigem Familienanschluß und geringem Verdienst.

Pastor Heutschel in Bochum.

Da wir am 1. August unsern Betrieb wieder aufnehmen, suchen wir

3 Mädchen

für Küche und Haus z. 25. Juli.

Hausmutter Pagels,
Bad Salzuflen,
Kinderheil-Anstalt (Knabenhaus).

Zur Erwerbsgründung

5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstr. 24.

Das Jenseits,

eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Preis Mk. 2,75 franko Voreinsendung oder Nachnahme.

Blaukreuz-Versandbuchhandlung
Paul Enigk, Prenzlau.

Adolf Mühlenweg
in Bielefeld, Ed.-Windhorststr. 36
hat wieder
Bohnerwachs
vorrätig.